

Zeitschrift:	Schweizer Erziehungs-Rundschau : Organ für das öffentliche und private Bildungswesen der Schweiz = Revue suisse d'éducation : organe de l'enseignement et de l'éducation publics et privés en Suisse
Herausgeber:	Verband Schweizerischer Privatschulen
Band:	63 (1990)
Heft:	[12]
Artikel:	Anschluss an die europäische Bildungspolitik
Autor:	[s.n.]
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-852375

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

- Sollten nicht alle Lehrer auf Hochschulstufe ausgebildet werden?
- Wie kann die pädagogische Ausbildung der Lehrer der Sekundarstufe II besser sichergestellt werden?
- Sollte nicht nach neuen gemeinschaftlichen Fortbildungsformen gesucht werden?
- Wäre nicht eine grössere interkantonale Freizügigkeit erwünscht?

Leitlinien

- Grundsätzlich soll die Harmonisierung durch gemeinsame Zielsetzungen erreicht werden. Sollte diese Formulierung von Zielsetzungen nicht in einem revidierten Konkordat gesucht werden?
- Wie lassen sich im Hinblick auf gemeinsame Entwicklungsperspektiven die statistischen Angebote verbessern und die Bildungsforschung ausbauen?

Vollzug

- Wird nicht der Reichtum an kantonalen Experimenten und Erfahrungen zu wenig ausgenutzt?
- Wie kann die öffentliche Meinung in der direkten Demokratie besser über die Bedeutung der Bildung aufgeklärt werden?
- Sollte nicht für die höhere Ausbildung insgesamt nach dem Modell der Hochschulkonferenz ein gemeinsames Konzept- und Koordinationsorgan geschaffen werden?
- Müsste nicht die Verantwortlichkeit

- der EDK und des Bundes generell gestärkt werden?
- Wie können globale politische Entscheide gegen Partikularinteressen durchgesetzt werden?

Fazit

Die Fragen der ausländischen Experten zeigen deutlich, dass für unser föderalistisch-dezentrales System, für die direkte Demokratie und für unseren auch in der Bildungspolitik angewendeten Pragmatismus recht wenig Verständnis aufgebracht wird. Auf der andern Seite ist zu anerkennen, dass die gestellten Fragen einige wichtige Nervenstränge unseres Bildungswesens treffen. Es wird nun darum gehen, die Bildungspolitik durch die kritischen Anstösse zu beleben. K.

Aus schweizerischer Sicht

Anschluss an die europäische Bildungspolitik

Bis vor kurzem war die wichtigste Verhandlungsoption der Beitritt der Schweiz zum Europäischen Wirtschaftsraum. Nachdem die EG jedoch den EFTA-Staaten gegenüber ziemlich die kalte Schulter zeigt, wird auch wieder die Möglichkeit einer EG-Mitgliedschaft diskutiert. Allerdings glaubt niemand so recht an eine derartige Integration. Das Schweizer Volk wird sich seiner politischen Rechte

kaum begeben. Die negativen Reaktionen auf den Entwurf einer offenen Bundesverfassung haben dies deutlich bestätigt. Die direkte Demokratie wird als Selbstverständlichkeit empfunden, die nicht in Frage gestellt werden darf.

So oder so wird allerdings die schweizerische Bildungspolitik europäisch harmonisiert werden, ob durch Brüssel diktiert oder wegen unserer wirtschaftlichen Einbettung aus «freien» Stücken ist dabei weniger von Bedeutung.

Es ergeben sich drei Bereiche, in denen Anpassungen notwendig werden.

Anerkennung der Diplome und Freizügigkeit

Obschon von der Ausbildungsqualität her gesehen kaum Anerkennungsprobleme entstehen sollten, ergeben sich ganz bestimmt Schwierigkeiten durch die föderalistische Ausbildungsorganisation:

- Wir haben es bislang versäumt, den höheren Fachschulen HTL und HWV den bildungspolitischen Stellenwert von Fachhochschulen einzuräumen. Offen bleibt dabei für die Anerkennung die Frage, ob die Berufslehre als gleichwertige Vorbildung wie eine Vollzeitschule anerkannt bleibt.
- Ähnliche Fragen ergeben sich bei den Schulen für künstlerische Ausbildungen, wo gesamtschweizerische Diplomnormen fehlen.
- Ob wir ausländischen Lehrern die

Freizügigkeit gewähren müssen, wird davon abhängen, ob eine EG- oder EWR-Mitgliedschaft wahrscheinlich werden. Wie bereits in der OECD-Studie zum Ausdruck kommt, wird auch die fehlende Akademisierung des Lehrerberufs als Harmonisierungslücke empfunden.

- Selbst ohne irgendwelchen Europaanschluss dürfte es richtig sein, das landesintern gestrickte Netz von föderalistischen, berufsständischen und polizeilichen Regeln niederzureißen, welches der Freizügigkeit in der Berufsausübung im Wege steht.

Ausbildung der Gastarbeiterkinder

- Die europäischen Normen für die Schulung der Gastarbeiter dürften bei uns keine Schwierigkeiten hervorrufen.
- Allerdings ist das Postulat des kostenlosen Einführungsunterrichts in die Landessprache noch nicht überall realisiert.

Gemeinsame Forschungs- und Bildungsprogramme

Die Forschungs- und Mobilitätsprogramme der EG sind wirtschaftlich-industriell ausgerichtet und für die Schweiz schon aus Gründen der Konkurrenzfähigkeit attraktiv. Es ergeben sich für die Anpassung zwei Konsequenzen:

- Die Mobilität unter den Ausbildungsstätten muss verbessert werden.

- Allenfalls staatliche Förderung der bisher ausschliesslich privat finanzierten Industrieforschung.

Schulföderalismus und Europafähigkeit

«Der Konsens ist bei uns wegen des fehlenden nationalen Erziehungssystems schwierig zu erzielen. Auch im Stipendienwesen kennen wir kantonale Regelungen, die harmonisiert werden müssen. Das Problem liegt aber meist nicht bei den Kantonen, sondern bei den Schulen. Gegenwärtig leistet sich jede Sprachschule ihren eigenen Dozentenkreis, der ohne nach links oder rechts zu schauen, nach seinem Ideal unterrichtet. Im Hinblick auf die internationale Anerkennung wäre die Einigung auf einen Mindestkatalog von Themen notwendig, und auch die Studiendauer müsste angepasst werden. Ohne solche Harmonisierungen ist jegliche Mobilität unmöglich.»

*Prof. Dr. Hansruedi Striebel,
Regierungsrat Basel-Stadt,
Vorsteher Erziehungsdepartement,
in Schweizerische Kaufmännische
Zeitung 50/89*

Aus wirtschaftlicher Sicht

Die Schweiz und die europäische Bildungspolitik

Martin Leber

Angesichts hoher Arbeitslosenraten in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft (EG), den Möglichkeiten der vollen Freizügigkeit der Arbeitnehmer in der EG und steigender Berufsanforderungen in Dienstleistungs-Gesellschaften kommt den Qualifikationen der Arbeitnehmer entscheidende Bedeutung zu. Die entsprechenden bildungspolitischen Voraussetzungen in den einzelnen EG-Staaten fallen allerdings noch unterschiedlich aus

A R E M E T T R E

ECOLE PRIVEE

région lémanique

Offres sous chiffres dec-1

au secrétariat de la
Fédération Suisse des Ecoles Privées
Postfach 6922

3001 Bern